Scirocco - Kurzinfo aus Italien

06.11.2026 – „Sardinien im Stich gelassen“

Über die letzten zwei Monate hinweg verzeichnete Sardinien einen enormen Anstieg der Ankünfte. Von Januar bis August 2026 erreichten 477 [1] Menschen die Küsten Sardiniens, während allein in den letzten zwei Monaten (September – Oktober) 615 Menschen auf der Insel ankamen. Im Vergleich dazu kamen im Jahr 2025 im September und Oktober nur 323 Menschen an. Die meisten der ankommenden Boote sind in Algerien gestartet.

Dieser massive Anstieg der Ankünfte überfordert die Region, ohne dass Hilfe von der Regierung kommt. Daher erklärte der M5S-Politiker Alessandro Solinas aus Cabras, die Regierung Meloni habe Sardinien „im Stich gelassen“. Die Region sei völlig unfähig, eine solche Anzahl von Menschen unterzubringen. Diese Aussage kam als Reaktion auf mehrere Vorfälle von Gewalt und Vandalismus im und um das CAS (außerordentliches Aufnahmezentrum) in Cabras, einer Einrichtung speziell für unbegleitete Minderjährige. Der Bürgermeister von Cabras forderte daraufhin umgehend die Schließung des Zentrums. Die Schließung des Zentrums wird die Probleme jedoch nicht lösen, sondern sie lediglich in eine andere Region verlagern, wo die gleichen schrecklichen Bedingungen herrschen. Der Fokus sollte vielmehr darauf liegen, die Bedingungen in den bereits bestehenden Einrichtungen zu verbessern durch mehr soziale und psychologische Hilfe sowie die Deckung grundlegender Bedürfnisse wie Warmwasser und medizinische Versorgung. Ähnliche Zustände herrschen auch in Monastir. Obwohl das dortige CAS nur Platz für 300 Personen bietet, mussten dort in den letzten zwei Monaten weitaus mehr Menschen untergebracht werden, was ebenfalls zu schrecklichen Überbelegungszuständen führte.

Zudem funktionieren die vorgesehenen Weiterbeförderungen von Sardinien zum Festland nicht. Normalerweise sollen Menschen, die auf Sardinien ankommen, nach Olbia gebracht und von dort aus zum Festland, beispielsweise nach Livorno oder Civitavecchia, weitergeleitet werden. Im September jedoch ließ die Besatzung der Fähren die Migranten aus bürokratischen Gründen nicht an Bord. Dies verschärfte die gesamte Situation noch weiter. Der Hafen Isola Bianca wurde für viele Migrant*innen zu einer Notunterkunft, und Freiwillige begannen, sich zu mobilisieren, um Kleidung und Lebensmittel zu verteilen.

Da es praktisch keinen Platz, keine medizinische Versorgung und keine psychologische Hilfe gibt, die Aufenthalte langwierig sind, keine Integration stattfindet und keine Zukunftsaussichten bestehen, ist es kein Wunder, dass es zu Spannungen zwischen den im Zentrum festgehaltenen Menschen und auch mit den Inselbewohnern kommt. Diese Bedingungen führen nicht zu einem harmonischen Zusammenleben, sondern vielmehr zu Konflikten.

---

[1] Alle Zahlen basieren auf Daten gesammelt von borderline-europe

Auch wenn die Beschwerden der Einwohner*innen Sardiniens berechtigt sein mögen, instrumentalisieren rechte Politiker*innen die Situation, um ihre Anti-Migrant*innen-Propaganda voranzutreiben und fordern noch restriktivere Maßnahmen. Der Abgeordnete der FdI (Fratelli d'Italia) aus Cagliari, Salvatore Deidda, schlug vor, die Ankommenden direkt wieder auf ein Schiff nach Algerien zu setzen. Es wird sogar erwogen, dafür Handelsschiffe einzusetzen. Diese Idee würde schlichtweg gegen das Non-Refoulement-Prinzip und damit gegen das Völkerrecht verstoßen, da es nicht zulässig ist, Menschen zurückzuschicken, wenn die Gefahr einer Verfolgung für den Einzelnen besteht. Menschen, die mit traumatischen Erlebnissen ankommen, werden an einem Ort festgehalten, der ihnen keinerlei Hilfe bietet. Unterdessen nutzt die Regierung die Spannungen auf Sardinien als Propagandamaterial, ohne eine tragfähige Lösung anzubieten. Sie gibt den Geflüchteten direkt die Schuld, ohne auch nur die Gründe für ihr Handeln zu berücksichtigen. Es ist Zeit, dass Italien aufhört, die Regionen allein zu lassen, um dann die menschenunwürdigen Verhältnisse von MIgrant*innen für die eigene Anti-Migrationspolitik zu instrumentalisieren.